

Resolution zur E-Card

Die deutsche Sektion der IPPNW/Ärzte in sozialer Verantwortung begrüßt den Beschluss der Landesärztekammer Nordrhein, ihren Mitgliedern gegenwärtig die Teilnahme am "Rollout" der E-Card und den Erwerb der entsprechenden Lesegeräte nicht anzuraten.



Gemeinsam mit unseren Partnern in der bundesweiten Aktion „Stoppt die E-Card“ appellieren wir deshalb an die Delegierten des 112. deutschen Ärztetages in Mainz (18.-22.5.2009):

Bekräftigen Sie die Ablehnung des E-Card-Projekts in der bestehenden Form! Treten Sie ein für einen wirklichen Neustart, bei dem folgende Kriterien erfüllt sein müssen:

- Online-Daten-Übertragung ausschließlich als abgeschirmte Punkt zu Punkt-Kommunikation zwischen ÄrztInnen/TherapeutInnen, ohne zentrale Datenspeicherung.
- Elektronische Datenspeicherung ausschließlich in Händen der PatientInnen und Behandler, ohne Zugriffsmöglichkeit für Dritte.
- Gesicherte, uneingeschränkte Freiwilligkeit der Nutzung solcher Kommunikationstechnologien.

Auch für Hausarztverträge sind diese Kriterien unverzichtbar. Das Modellprojekt der AOK in Baden-Württemberg widerspricht ihnen und wird deshalb in der z.Zt. angewendeten Form von uns abgelehnt.

Die Entwicklungen des vergangenen Jahres bestätigen die schwerwiegenden Bedenken und Sorgen in Bezug auf die Vertraulichkeit medizinischer Daten, wie sie in den Erklärungen sowohl der IPPNW-MV 2007 und 2008 als auch von zwei aufeinander folgenden Deutschen Ärztetagen vorgebracht wurden.

- Arzt- und Therapeuten-Praxen wurde der gesetzliche Schutz vor polizeilichen und geheimdienstlichen Telefonüberwachungen entzogen, gegen die Proteste der ärztlichen Berufsvertretungen.
- Mit dem BKA-Gesetz wurden Online-Durchsuchungen legalisiert, sodass eben auch Gesundheitsdaten dem Zugriff von Sicherheitsbehörden ausgesetzt sind, soweit Online-Zugang besteht.
- Eine Fülle illegaler Datenzugriffe wurde publik, zum Beispiel im Bereich der Telekom und der Deutschen Bahn.

Beschlossen auf der IPPNW-Mitgliederversammlung am 14. März 2009